Mitteilungen

des Syndikus des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens

Erscheinen nach Bedarf

Nr. 7 | **17. Mai 1920** | **Jahrg. II**

Zur Beachtung!

Die **hohen Portokosten** wie die ständig steigenden Papierpreise zwingen uns, unsern **Schriftverkehr auf das allernotwendigste einzuschränken.** Wir werden daher von jetzt ab Bestätigungen von Mitteilungen, Berichten und ähnlichem nur dann erfolgen lassen, wenn der Inhalt von besonderer Wichtigkeit ist und wir haben alle Maßnahmen ergriffen, die den Verbrauch von Porto und Papier auf ein Mindestmaß einschränken,

Den 15. Mai 1920. gez. Dr. Holländer.

2. Ostjudenfrage.

Referat erstattet auf der Hauptversammlung des Centralvereins in Berlin am 2. Mai 1920.

Von Dr. Kurt Alexander.

Die Ostjudenfrage steht heute für uns im Brennpunkte des Interesses. Es gibt kaum eine Erörterung mit Antisemiten, in der nicht in irgend einer Form diese Frage zur Debatte gestellt wird.

Ich will zunächst, ohne auf das Prinzipielle des Problems — denn mit einem Problem haben wir es hier zu tun — einzugehen, mich mit dem beschäftigen, was praktisch in dieser Frage zu tun ist und was bis zu diesem Augenblick der Centralverein getan hat. In der großen Vorstandssitzung am 14. Dezember 1919 wurde der Beteiligung des Centralvereins am Arbeiter-Fürsorge-Amt der jüdischen Organisationen mit einem Betrage von 50 000,— Mark unter der Bedingung zugestimmt, daß sich die Tätigkeit dieses Arbeiter-Fürsorge-Amtes innerhalb gewisser Richtlinien bewegt. Wir glauben nicht fehlzugehen, wenn wir diese Richtlinien so faßten, daß sie unseren Delegierten als Anweisungen für ihre Tätigkeit mitgegeben werden sollten. In diesem Sinne wurde den Vertretern der übrigen Organisationen auch in einer vertraulichen Vorbesprechung davon Kenntnis gegeben.

In der ersten Sitzung des Arbeiter-Fürsorge-Amtes, die zu seiner Konstituierung führen sollte, erklärte ganz unvermittelt Herr Dr. Handtke, damals nach Vorsitzender der Zionistischen Vereiningung in Deutschland, etwa folgendes: Seine ganze Politik in der Führung der Zionistischen Vereinigung sei bisher darauf eingestellt gewesen, eine Politik der Versöhnung zu sein. Er bedaure es sehr, sagen zu müssen, daß diese Politik gescheitert sei durch die Richtlinien, die der Centralverein für seine Tätigkeit im Arbeiter-Fürsorge-Amt aufgestellt habe. Nach Aufstellung dieser Richtlinien sei ein Zusammenarbeiten mit dem Centralverein im Arbeiter-Fürsorge-Amt unmöglich. Ich trat der Beweisführung des Dr. Handtke, dem sich die übrigen Zioinstenführer anschlossen, scharf entgegen. Ich betonte, daß sie gar kein Recht dazu hätten, die Richtlinien, die wir unsern Delegierten gegeben haben, einer Prüfung zu unterziehen, ebensowenig wie ich mir etwa einfallen lassen dürfte, die Richtlinien der zionistischen Vertreter zu prüfen. Nichtsdestoweniger wurde in dieser Sitzung mit starker Majorität der Beschluß angenommen, daß die Richtlinien des C.-V. nicht die Grundlage für die Arbeit im Arbeiter-Fürsorge-Amt sein dürften.

Ich stellte daraufhin die Mitarbeit des Centralvereins in Frage. Eine Reihe von Wochen hindurch geschah von unserer Seite nichts. Dann aber wurde die Frage dadurch akut, daß durch die versuchten Internierungen, durch die Razzien, durch Erlasse und öffentliche Kundgebungen das Problem immer mehr in den Vordergrund des Interesses trat und von uns aus unbedingt etwas geschehen mußte, um eine offenbar heranziehende Gefahr nach

Möglichkeit zu bannen. In einer besonderen Sitzung des Arbeitsausschusses wurde beschlossen, von neuem die Frage des Arbeiter-Fürsorge-Amtes von unserer Seite aufzurollen, aber zu erklären, daß unsere Mitarbeit jetzt nur dann möglich sei, wenn unsere Richtlinien die Grundlage der Arbeit sein würden. Unsere Richtlinien sollten also nun statt Wegweiser für die Delegierten Bedingung für die Mitarbeit sein. Auf unsere Seite stellten sich Großloge und Jüdische Gemeinde, die beide ebenfalls die Subventionierung des Arbeiter-Fürsorge-Amtes mit je einem Betrage von 50 000,— Mark beabsichtigten. Daraufhin mußte man von der andern Seite, um den Aufbau der Organisation überhaupt zu erreichen, unseren Vorschlägen sich fügen. Zwischen dem bisherigen Vorsitzenden des Arbeiter-Fürsorgeamtes, Herrn Dr. Kahn vom Hilfsverein der deutschen Juden und dem damaligen stellvertretenden Vorsitzenden des Centralvereins, Herrn Justizrat Dr. Brodnitz, unter Mitwirkung des Herrn Dr. Holländer wurde in Form eines Vertrages die Mitarbeit des Centralvereins vereinbart; bei Einhaltung der Bedingungen verpflichtete sich der Centralverein, den Betrag von 50 000 Mark in vierteljährlichen Raten zu zahlen. Die Bedingungen, die gegenüber den Beschlüssen der Hauptvorstandssitzung vom 14. Dezember 1919 nur einige redaktionelle Aenderungen aufweisen, lauten wie folgt:

> „Das Arbeiterfürsorgeamt steht auf dem Standpunkt, daß zur Zeit eine intensive Fürsorge für die ostjüdischen Flüchtlinge in Deutschland unbedingt notwendig ist. Es soll seine Arbeit ausüben, solange dieser Notstand dauert.
>
> Das Arbeiterfürsorgeamt stellt sich weiter auf den Standpunkt, daß es für diejenigen Ostjuden eintritt, welche arbeitswillig sind und sich keiner gemeinen strafrechtlichen Verfehlung schuldig machen.
>
> Das Arbeiterfürsorgeamt steht auf dem Standpunkt, daß Deutschland zur Zeit kein geeignetes Einwanderungsland für Ostjuden ist, daß es notwendig ist, diese Tatsache in weitesten Kreisen der Ostjuden zu verbreiten, um diese selbst vor einer Schädigung zu bewahren, daß es ferner notwendig ist, daß die Flüchtlinge, die sich zur Zeit in Deutschland aufhalten müssen, weil andere Länder, die ihr eigentliches Einwanderungsziel bilden, ihnen zur Zeit verschlossen sind, möglichst bald instand gesetzt werden, ihr eigentliches Niederlassungsziel zu erreichen.
>
> Das Arbeiterfürsorgeamt steht auf dem Standpunkt, daß seine Fürsorge für die Ostjuden keine deutschen Interessen in irgend einer Weise schädigt."

Das Präsidium des Arbeiterfürsorgeamtes setzt sich zusammen aus dem oben erwähnten Vertreter des Hilfsvereins deutscher Juden, einem Vertreter der zionistischen Partei und einem Vertreter des Centralvereins.

Wenn eine Ausstellung an der bisherigen Tätigkeit des Arbeiterfürsorgeamtes zu machen ist, so ist es die, daß die Arbeit im wesentlichen keine charitative oder soziale, sondern eine politische gewesen ist. Vielleicht haben allerdings die Verhältnisse eine andere Tätigkeit bis jetzt nicht zugelassen.

Soweit die praktische Tätigkeit des Centralvereins bis zu diesem Augenblick.

Ich will mich nunmehr noch mit der politischen Bedeutung des Problems, d. h. mit der Bedeutung, die ihm in unserm Abwehrkampf zuerteilt worden ist, befassen. Auf die vielen anderen Punkte des Problems, von denen jeder einzelne seine große Bedeutung hat, soll in diesem Zusammenhang nicht eingegangen weren.

Was behaupten unsere Gegner?

Sie sagen, daß ostjüdische Einwanderer in großen Massen Deutschland überschwemmen, daß diese Einwanderer deswegen schon den sehr bedrohten Körper des Volkes aufs schwerste schädigen; insbesondere vermehrten sie außerordentlich unsere Wohnungsnot, in politischer Hinsicht propagierten sie den Bolschewismus und schließlich verschlechterten sie auch die Moral dadurch, daß sie in der Hauptsache Schieber- und Wuchergeschäften huldigten und in starker Zahl verbrecherische Taten begingen.

Wie liegen nun die Dinge in Wahrheit?

Die von den Antisemiten behaupteten Zahlen sind erheblich übertrieben. Nach Mitteilung des Arbeiterfürsorgeamtes, das sicherlich kein Interesse daran hat, die Zahlen höher anzugeben als sie in Wirklichkeit sind, sind seit Kriegsschluß in Berlin 25 000 Ostjuden eingewandert, 20 000 haben vor dem Kriege in Berlin gewohnt, 5000 sollen von 1914—1919 zugezogen sein. Die Zahlen im Reich sind erheblich geringer, in München sollen etwa 400 ostjüdische Familien wohnen.

Daß wirtschaftliche Schäden bei der gegenwärtigen außerordentlich bedrohten wirtschaftlichen Situation durch eine große Einwanderung sich zeigen werden und sich zeigen, liegt auf der Hand. Aber auch hier wird ganz außerordentlich übertrieben. Gerade hinsichtlich der Wohnungen haben die Ostjuden die denkbar primitivsten Ansprüche, einem kleinen Bruchteil allerdings gelingt es, dank der Bestechungsmöglichkeit und dank ihrer starken finanziellen Mittel und dank ihrer Geschicklichkeit Wohnung zu bekommen. Die überwiegende Masse aber wohnt in den bekannten Quartieren zu 4, 5 und 6 Familien in 1 und 2 Zimmern, neben- und übereinander. Daß sich dadurch Zustände entwickeln, die in moralischer und hygienischer Hinsicht nicht einwandsfrei sind, ist eine andere Sache.

Politisch sind die Ostjuden überwiegend vollkommen indifferent. Einige wenige mögen einen politischen Radikalismus predigen, die große Masse aber kümmert sich nicht um die politischen Vorgänge. Antisemitische Meldungen, daß während der letzten Unruhen die „Rote Armee" im Ruhrgebiet in der Hauptsache aus ostjüdischen Arbeitern sich zusammengesetzt habe, werden nach Feststellungen unserer Essener Freunde als vollkommen falsch bezeichnet.

Richtig ist, daß ein erheblicher Teil der Ostjuden einen Lebenswandel führt, der unserer Auffassung von einem angemessenen Lebenswandel nicht entspricht. Schieber- und Wuchertum treibt üppige Blüten, auch an sonstigen Verbrechen sind sie in einem nicht unerheb-

lichen Grade beteiligt. Die Gründe dafür zu untersuchen, kann in diesem Zusammenhang nicht unsere Aufgabe sein.

Was kann dagegen der Centralverein außer seiner umfangreichen Tätigkeit im Arbeiterfürsorgeamt noch tun?

Es wird ihm vorgeschlagen, daß er dafür sorgen müsse, daß die Grenzen gegenüber den Ostjuden gesperrt werden, daß sie in Internierungslagern untergebracht, daß sie möglichst bald abgeschoben werden und daß zum mindesten ein deutlicher Trennungsstrich zwischen deutschen Juden und den Ostjuden gezogen werden muß.

Vor allem muß dazu einmal betont werden, *daß die Ostjuden nicht freiwillig die Wanderung angetreten haben.* Bezeichnend ist, daß bereits in einem Runderlaß des preußischen Ministeriums des Innern vom 1. November 1919 erklärt worden ist, daß während des Krieges die *deutsche Militärverwaltung ostjüdische Arbeiter in größerer Zahl nach Deutschland gezogen hat* und daß ein Teil von ihnen nachher zurückgeblieben und nun weitere Massen anzieht. Diese Maßnahmen sind nach unserer Kenntnis auf Ludendorff selbst zurückzuführen.

Die Wanderung ist verursacht durch die traurigen Verhältnisse, unter denen die Ostjuden in ihren bisherigen Heimatländern leben. Im bolschewistischen Rußland ist nicht weniger als einstmals im zaristischen Rußland ihr Leben ein mehr als unglückliches, und daß sie auch im neuen Staat Polen keine erfreulichen Lebensbedingungen vorgefunden haben, ist nur allzu bekannt.

Grenzsperren bestehen, aber sie haben sich als vollkommen erfolglos erwiesen. *Haupteinfallstor ist heute Oberschlesien,* wo unter der Herrschaft der alliierten Kommissionen weder die deutschen noch die ausländischen Behörden ein Interesse daran haben, die Maßnahmen der Regierung durchzuführen. Bestechung öffnet die Tore überall; es sind die Mittel und Wege genau bekannt, die über die Grenze nach Deutschland führen.

Razzien und Internierung haben sich als vollkommen zwecklos erwiesen. Die, die man bekommen will, faßt man nicht. Auch hier hilft wieder Bestechung, denn erfahrungsgemäß sind die in Internierungslagern Untergebrachten nach wenigen Tagen daraus verschwunden und bei Razzien bleiben auch nur die zurück, die notorisch keinen Pfennig Geld besitzen.

Ausnahmebestimmungen, die nur Juden betreffen, müssen wir uns auf das allerschärfste von dem Grundsatz des Rechts aus, den wir in dieser Frage wie in allen andern zu vertreten haben, *entgegenstellen.* Bestimmungen, die sich gegen Ausländer schlechtweg richten, werden von uns selbstverständlich nicht bekämpft werden. Im übrigen muß darauf hingewiesen werden, daß alle solche Bestimmungen eine schwere internationale Gefahr bedeuten. Maßnahmen gegen Ausländer werden die alliierten Regierungen kaum dulden. Jedenfalls aber würden sie den zahlreichen Deutschen, die im nächsten Jahrzehnt auswandern werden, und die im Ausland eine deutsche Kulturarbeit verrichten müssen, ungeheure Schwierigkeiten bereiten.

Bisher hat der Centralverein es abgelehnt, öffentliche Erklärungen, in denen er von den Ostjuden abrückt, zu erlassen. Wir haben derartige Erklärungen für unter unserer Würde gehalten, denn ebensowenig wie von anderen Gemeinschaften verlangt wird, daß sie von bestimmten Elementen abrücken, ebensowenig darf es von uns verlangt werden. *Erreicht wird durch solche Erklärungen im übrigen ja doch nichts, denn unsern Gegnern kommt es in dieser Sache wie in allen andern weniger auf die Sache selbst wie auf die Agitation an.* Entzieht man ihnen diesen Agitationsgrund, so werden sie mit Leichtigkeit einen andern Agitationsgrund finden. *Eine öffentliche Erklärung würde auch praktisch gar keinen Erfolg haben, denn die Dinge würden weiter gehen, wie sie bisher gegangen sind.* Eine Wanderung, wie sie jetzt unter den ostjüdischen Massen Platz gegriffen hat, kann durch eine Regierungsaktion oder durch eine öffentliche Erklärung nicht aus der Welt geschafft werden.

Wir haben uns, abgesehen von der sozialen Tätigkeit, die wir innerhalb des Arbeiterfürsorgeamtes ausüben, darauf beschränkt, soweit es in unserer Abwehrtätigkeit nötig war, zu erklären, was im Vorhergesagten an Tatsachen sich für uns ergeben hat. Die ostjüdischen Massen sind nun einmal im Lande, sie sind nicht freiwillig hergekommen, wir haben die Pflicht als Menschen, uns ihrer anzunehmen, aber *unsere Fürsorge gilt nur den guten Elementen, mit den schlechten haben wir nichts gemeinsam.*

In der allerjüngsten Zeit haben sich nun die Verhältnisse noch mehr dadurch zugespitzt, daß einzelne Ortsgruppen durch Maßnahmen der örtlichen Behörden sich genötigt zu sehen glaubten, besondere Schritte zu tun. So gestalteten sich *insbesondere in Köln die Dinge sehr ungünstig, da ein Erlaß der englischen Behörde die Beschäftigung ostjüdischer Arbeiter untersagte.* Es wurde in Köln von der Loge, der Ortsgruppe des Centralvereins, der zionistischen Vereinigung, dem demokratischen Wahlverein der jüdischen Gemeinde und dem Verein der Ostjuden eine Erklärung erlassen, die vor jeder Verallgemeinerung warnt und in der man sich ausdrücklich von den schlechten Elementen innerhalb der Ostjuden lossagt.

Es wird Aufgabe dieser Versammlung sein, einen Beschluß zu fassen, ob man sich mit dem bisherigen Vorgehen der Zentrale in dieser Angelegenheit einverstanden erklärt und es werden etwaige Richtlinien aufzustellen sein, die das zukünftige Verhalten der Zentrale sowie aller einzelnen Teile des Vereins zu regeln haben

3. Die Reklamierten.

Das „Kölner Tageblatt" brachte kürzlich folgenden beachtenswerten Artikel:

> General von . . ., dessen Aufsätze über die alte Armee in der „Weltbühne" so viel Interesse erweckt haben, beschäftigt sich in der nächsten Nummer dieses Blattes mit der Frage der Reklamierten. Aus seinen bemerkenswerten Darlegungen drucken wir heute schon das folgende Bruchstück:

Das mit jedem Kriegsjahre schlimmer werdende Reklamationswesen war eine einzige große Schweinerei.

Bestechungen in jeder Form waren an der Tagesordnung. Es fing damit an, daß einfach Geld in die Hand gedrückt wurde, und stieg auf bis zu den feinern und feinsten Methoden. Der kaufmännische Geist siegte auf der ganzen Linie. Höhere Offiziere in einflußreichen Stellungen der Heimarmee, zum Beispiel Chefs der stellvertretenden Generalkommandos, gelangten in Aufsichtsräte, natürlich nur ihrer schönen Augen wegen, beileibe nicht, um bei den Reklamationen der Firma etwas nachzuhelfen. Mancher gerissene Schieber in Offiziersuniform fand den Uebergang in die Industrie und nennt sich jetzt Direktor, während seine Altersgenossen, die dumm genug waren, den eigenwilligen Kopf dahin zu halten, wo die Kugeln flogen, hungernd und stellungslos von Büro zu Büro laufen. Das ist ja die große Wut der anständigen Offiziere, die immer in der Front waren, daß sie zu Hause angespuckt wurden für die Gemeinheiten entarteter Standesgenossen. Davon hatte man in der Front zwar gewußt; aber den ganzen Umfang der Korruption hatte man niemals geahnt.

Wie kam so eine Reklamation zustande? Ich will nur einen Fall erzählen, der typisch ist für unzählige andere. Der Inhaber eines vornehmen Weinrestaurants wird durch die Vermittlung eines Fabrikanten von dessen Fabrik angefordert als „Arbeiter in einem Kriegsbetrieb". Die maßgebenden Leute wissen Bescheid, denn sie essen sehr oft in der Kneipe. Nach einiger Zeit bringen die Arbeiter zur Sprache, daß in der Lohnliste ein Mann figuriere, den sie noch nie gesehen hätten. Daraufhin verzichtet der vermeintliche Arbeiter auf seinen Lohn, stiftet den doppelten Betrag ständig der Arbeiterkasse, und die Einwände der Arbeiter verstummen begreiflicherweise. Die übrigen Gegenleistungen des Restaurateurs bestehen in Lieferungen von Nahrungsmitteln (ohne Marken) und Wein an seine verschiedenen Gönner. Allen Teilen ist geholfen und die Front hat einen Soldaten weniger.

Die heimischen Behörden vergrößerten sich ständig. Es wimmelte überall von Offizieren, die oft einen verflucht rüstigen, martialischen Eindruck machten, und die auch alle das Eiserne Kreuz hatten. (Die es noch nicht haben, bekommen es heute, wie man täglich aus den Notizen der Zeitungen über Ordensverleihungen ersieht.) Die höheren Offiziere gingen manchmal sogar wirklich an die Front und aßen dort in den Stabsquartieren beinahe ebenso gut wie zu Hause. Manche drangen an den ruhigen Fronten, wenn sie Glück hatten, bis in den Graben vor. Man nannte sie die Kreuzfahrer, denn nach solcher Heldenfahrt bekamen sie unrettbar das Eiserne Kreuz. Das Drückebergertum war allmählich eine Wissenschaft geworden. Der bessere Literat, Rechtsanwalt, Kaufmann und Ingenieur bevölkerte die zahllosen Kriegsämter, und die Offiziere waren entzückt, was das alles für nette, umgängliche Leute waren. Eine Hand wusch die andere, und es herrschte eine allgemeine Gesinnungslosigkeit, eine unbedenkliche Lumperei, da im Hintergrund immer das Gespenst des Schützengrabens stand.

In den Ersatztruppenteilen versteckte die Korruption sich je länger, desto weniger. Wer das Geld in die richtigen Hände zu leiten wußte, blieb daheim, während kaum genesene Verwundete sofort wieder hinausgeschickt wurden. Die Führer der Ersatztruppenteile waren oft alte, ahnungslose inaktive Offiziere, die ganz in den Händen ihrer Schreiber waren. Die Leutnants bevölkerten die Badeorte, und die Ausbildung wurde von Jahr zu Jahr schlechter. Die Offiziere und ganz besonders die Unteroffiziere der Heimarmee haben, ungehemmt durch energische Vorgesetzte, großen Schaden angerichtet. Der Mangel an intelligenten Führern hatte das denkbar ödeste, den Geist tötende Drillsystem zur Folge. Dazu kam noch jene Brutalität, jene Roheit des Tons, wie man sie leider nur allzu oft bei unfähigen Vorgesetzten findet. Das alles wurde Leuten zum Teil von vorgerücktem Alter geboten, die nie gedient hatten.

In der Heimarmee wurde nichts verbessert oder abgeändert. Man ließ die Sache auch dann noch laufen, als die ersten Sturmzeichen der Revolution sich zeigten. Ganze Transporte weigerten sich, von Osten nach Westen zu gehen und meuterten. Auf einem Bahnhof wurde geschossen, und es stellte sich heraus, daß die Offiziere dieses bestimmten Truppentransportes bis auf einen alle beurlaubt waren. Ein alter Ersatz-Major eilte herbei, geriet, ganz gegen seine Absicht, ins Feuer der Meuterer und entfloh mit den Worten: das sei der schwerste Tag seines Lebens gewesen! Schließlich parlamentierte man mit den Leuten herum, die einen Soldatenrat nach russischem Muster ernannt hatten, und es gelang, sie zur Weiterfahrt dadurch zu bewegen, daß man auf ihre Bedingungen einging. Das war im Frühjahr 1918! Seitdem wußten Einsichtige, daß die Heimarmee unzuverlässig und unruhig war.

Die militärischen Machthaber in der Heimat jedoch fühlten sich ihrer Sache immer noch sicher und glaubten eine Armee zu kommandieren, während sie nur über ein buntes Gemisch von altem, stumpfen, unterernährtem Landsturm, von Drückebergern, unsicheren Kantonisten und achtzehnjährigen Rekruten verfügten. So gut wie die Achtzehnjährigen im Felde waren — keiner greift todesmutiger an als der ganz junge, unerfahrene Soldat —, so verhängnisvoll wurden sie in dem korrupten Milieu der Ersatztruppenteile. Als dann schließlich bei der Marine die Sache losging, fiel die ganze Herrlichkeit der Heimarmee in Trümmer. Dabei zeigte sich die innere Fäulnis in widerlichster Form. Die Führer, die stolzen, allmächtigen Herrscher, flohen entsetzt. In einer kleinen Stadt stiegen zwei Matrosen aus dem Zuge, gingen zur Kaserne, alamierten das Landsturm-Bataillon, setzten dessen Offiziere vor versammeltem Kriegsvolk ab — der Kommandeur floh in Zivil mit einem Handköfferchen — und ernannten einen Soldatenrat.

Gott sei Dank schafften die Soldatenräte an den meisten Stellen zunächst wenigstens notdürftig Ordnung, bis ganz allmählich die alten Machthaber hervorgekrochen kamen, zuerst in Zivil, dann auch wieder in Uniform.

Die Revolution war die Offensive des entkräfteten und zur Verzweiflung gebrachten Volkes gegen das unheilvolle persönliche Regiment Wilhelms des Zweiten und gegen die damit verbundene Korruption, die in der Heimarmee am sichersten, in der Feldarmee am wenigsten sichtbar auftrat.

Wenn daher der Frontsoldat vom Dolchstoß der Heimat in den Rücken der Armee spricht, so tut er das in gutem Glauben: er weiß nicht, daß die Heimarmee und die Heimat überhaupt durch Schwäche, Eigennutz und Unfähigkeit der leitenden Stellen längst hinterrücks erdolcht worden waren.

4. Der Zentrumsparteitag gegen den Antisemitismus.

Als Antwort auf vielfache Anfragen sei darauf hingewiesen, daß die Rede des Universitätsprofessors Dr. Schreiber auf dem kürzlich stattgehabten Zentrumsparteitag auf Seite 90 des Februarheftes der Zeitschrift „Im deutschen Reich“ abgedruckt ist. Die uns interessierende Erklärung lautet wie folgt:

„Die Politik des Zentrums gegenüber den Israeliten hat nicht bloß ihre Grundsätze, sondern auch ihre geschichtlichen Grundlagen. Die Partei hat stets in der Geschichte die Gefährlichkeit der antisemitischen Bewegung gekannt. Windthorst hat die antisemitische Haltung von Stöcker, Ahlwardt und deren Epigonen nicht mitgemacht. Er wollte keine Ausnahmegesetze für die Juden, weil er genau wußte, wie schwer die Katholiken selbst an den Ausnahmegesetzen des Kulturkampfes zu tragen hatten.

Die Katholiken haben am eigenen Leibe erfahren, was Unparität und Zurücksetzung in Beamtenstellungen und im öffentlichen Leben bedeuteten. Was die Katholiken nicht wollen, das ihnen selbst geschieht, dürfen sie den Juden nicht zumuten. Als Windthorst seinerzeit für die Rabbiner in militärrechtlichen Fragen eintrat, brachte der „Kladderadatsch“ höhnend ein Bild, wie ein jüdischer Posten vor ihm das Gewehr präsentierte. Windthorst war stolz auf diese Zeichnung. Es lag ein tief symbolischer Sinn darin, daß man Minoritätskonfessionen nicht vergewaltigen wollte. Ebenso hat der verstorbene Abg. Gröber für das Judentum mehr als einmal sich eingesetzt.

Weiterhin hat die Zentrumsfraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses mit allem Nachdruck beim Volksschulunterhaltungsgesetz den berechtigten Forderungen des Judentums Rechnung getragen: das ist auch ein Ehrentitel für die Partei, und weiter: In Köln haben sich zwischen dem gläubigen Judentum und der Kölnischen Zentrumspartei stets freundliche Beziehungen ergeben. Ich verweise nur auf die ausgezeichnete Rede des Rabbiners Dr. Scheftelowitz in einer großen Zentrumsversammlung dieses Winters, in der die Katholiken und gläubigen Israeliten gleichzeitig sich gegen jene Vergewaltigung wandten, die ihnen vom Ministerium Adolf Hoffmann drohte.

Auch deshalb müssen wir den Antisemitismus bekämpfen, weil er sich politisch als unfruchtbar erwiesen hat. Die großen Judenhetzen, die in den 90er Jahren und später in der deutschen Parteigeschichte einsetzten, haben sich als politisch geradezu zerrüttend herausgestellt. Wir haben trotz allen Lärmens praktisch keine Ausnahmegesetze gegen die Juden zustande gebracht. Dieses Gesetz wäre im übrigen auch intolerant und unparteiisch gewesen. Es wäre, rein juristisch gesprochen, auch praktisch unmöglich gewesen, es auszuführen, weil es tatsächlich nicht angängig ist, zwischen gläubigen Juden und Reformjuden zu unterscheiden, ebenso zwischen Israeliten, die zum Christentum übergetreten sind, und zwischen Rassejuden.

Die antisemitische Bewegung hat in der deutschen Sozialreformpartei und in der deutschen Reformpartei Gebilde geschaffen, die nicht leben und nicht sterben konnten.

Ich fasse zusammen: Die antisemitische Bewegung ist im Grunde genommen christenfeindlich. Sie ist politisch unfruchtbar und überaus gefährlich. Deshalb ist von unserer Presse, die es mit dem Christentum und mit der Zentrumspolitik ernst nimmt, zu erwarten, daß sie sich nicht in den Bahnen des Antisemitismus verliert.

Wir haben in dieser Hinsicht in letzter Zeit vereinzelt Erscheinungen zu beklagen, die zum Glück nicht die Regel sind, die aber doch allen einzelnen Erscheinungen bedauerlich sich anpassen. Es gilt für diese Blätter eine Nachprüfung ihres Standpunktes im Sinne des Zentrumsgrundsatzes, der die Wahrheit betont und dabei christliche Wahrheiten nicht erschüttert wissen will, im Sinne jener Freiheit, die sich gegen Ausnahmegesetze wendet, im Sinne des Rechts, das auch das Recht der Minoritätskonfession schützt. Wer Antisemit ist, besorgt die Geschäfte der Deutschnationalen, und daß Anhänger der Zentrumspartei die Geschäfte eines politischen Gegners besorgen, das darf nie und nimmer geschehen!“

5. Katholische Studenten und Antisemitismus.

In der „Schlesischen Volkszeitung“ vom 9. November 1919 findet sich von Dr. Herschel, M. d. N., ein Artikel „Katholische Studenten und Zentrum“, in dem sich folgende Stelle findet:

„National handelt, wer nach bestem Wissen und Gewissen sich bemüht, das Wohl des Vaterlandes zu fördern. Dieses ist nichts anderes als das Volkswohl. — Laßt Euch nicht vorspannen zu irgendwelchen konfessionellen, antisemitischen oder sonstigen Hetzen! Wir Katholiken als geborene Minderheit in Deutschland müssen auf unserer Hut sein. Wir wollen und dürfen andere nicht verletzen, weil unsere eigene Sache stets rein und stark dastehen soll.“

6. Jüdische Internationale.

Ein beliebter Vorwurf der Antisemiten ist der der jüdischen Internationale, obwohl sich diese wie bekannt im wesentlichen nur auf humanitäre Zwecke erstreckt.

Demgegenüber sei hingewiesen auf einen Artikel der „Münchener katholischen Allgemeinen Rundschau“ vom 8. Mai 1920, in welcher der angesehene katholische Gelehrte, Geheimrat Dr. Beyerle-München, M. d. N., folgendes ausführt:

„Unter tatkräftiger Mitarbeit der Görres-Gesellschaft fanden in den letzten Jahrzehnten aber auch mehrere internationale katholische Gelehrtenkongresse statt, die das weltumspannende Band des Katholizismus in den Dienst wissenschaftlicher Arbeitsgemeinschaft zwangen.“

Niemand wird deswegen unsern katholischen Mitbürgern einen Vorwurf zu machen haben. Wir beanspruchen aber auch das gleiche Recht für solche „internationalen Bestrebungen“ unsererseits.

7. Nochmals „Die große Täuschung.“

In Nummer 6 der „Mitteilungen“ war auf die Stellungnahme hingewiesen worden, die Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung“ gegenüber dem Werke von Friedrich Delitzsch: „Die große Täuschung“ eingenommen hat.

In Nummer 220 der „Deutschen Tageszeitung" finden sich in einer zum Himmelfahrtstage geschriebenen Betrachtung von Otto Dibelius, Ausführungen die ganz anders klingen und auch sonst nach mannigfacher Richtung sehr bedeutsam sind; dass Herr Reventlon sich sofort bemüßigt hätte, seine andersgeartete Auffassung nochmals zu betonen, liegt auf der Hand. Die uns interessierenden Stellen des Artikels von Dibelius lauten:

„Dem forschenden Geist die Seele! Ein Blick auf das neue Buch von Friedrich Delitzsch, das so viel Staub aufgewirbelt hat, möge zeigen, wie das gemeint ist. „Die große Täuschung" — so hat der hervorragende Assyriologe sein Buch überschrieben. Daß der Bericht der Bibel über die israelitisch-jüdische Geschichte eine tendenziöse Unwahrheit und daß die Hochschätzung der jüdischen Religion und Sittlichkeit ein grober Irrtum sei — das versucht er zu zeigen. Ein im tiefsten Sinne glaubensloses Unterfangen! Nicht in der Bestreitung einzelner Tatsachen liegt diese Glaubenslosigkeit. Es ist das Recht der Wissenschaft, an alle geschichtliche Tatsachen die Sonde der Kritik zu legen. Wobei freilich nicht verschwiegen werden darf, daß vieles von dem, was Delitzsch als gesichertes Ergebnis hinstellt, von anderen, nicht minder sachverständigen Beurteilern mit großen Fragezeichen versehen wird. Vor allem erwecken seine vielen Superlative und seine an die bösesten Zeiten des Nationalismus gemahnenden Vorstellungen über den Ursprung des Gottesglaubens und des Sittengesetzes die allerernstesten Bedenken. Die Glaubenslosigkeit liegt darin, daß hier dem ewigen Lenker der Weltgeschichte schulmeisterlich die Fehler angestrichen werden, die er begangen hat, indem er der altisraelitischen Geschichte eine Jahrtausende hindurch wirksame Bedeutung verliehen hat. Ob die sittlichen Qualitäten des Volkes Israel in den Anfängen seiner Geschichte höher oder niedriger, ob seine Gottesvorstellungen reiner oder verworrener gewesen sind — das ändert nichts an der Tatsache, daß von dieser Geschichte die allertiefsten religiösen Wirkungen ausgegangen sind; daß von der Gesetzgebung am Sinai eine große, klare Linie führt zu der gewaltigen Verkündigung der großen Propheten und von da zu Johannes dem Täufer und zu Jesus von Nazareth. Die Psalmen der Babylonier sind untergegangen; auch der grabende Spaten des Forschers kann sie nicht wieder zum Leben erwecken. Aber die Psalmen des jüdischen Volkes leben und geben auch dem Christen von heute noch, wonach seine Seele dürstet. Die Propheten anderer Völker liegen vergessen in ihren Gräbern. Aber vor den Worten des Jesaja vom stellvertretend leidenden Gottesknecht stehen wir noch heute in Ehrfurcht und Anbetung. Wer dem Moses von Michelangelo nur mit dem Bedenken des Philologen und des Historikers gegenübertritt, ob er wohl ganz dem „historischen" Moses entspricht, offenbart eine tiefe innere Armut. Daß uns aus den Berichten des Alten Testaments eine Gestalt entgegentritt, die die Menschheit Jahrtausende lang erschüttert und geheiligt hat, ist, unabhängig von der jeweiligen Erkenntnis des forschenden Gelehrten, eine Tatsache, die ehrfurchtsvolle Bejahung fordert. — Das Entscheidende aber ist, daß die Entwicklung, die mit Moses einsetzt, zur Krippe von Bethlehem geführt hat. Ob Jesus in seiner irdischen Gestalt als Jude anzusprechen ist oder nicht, ist dabei ohne jeden Belang. Jedenfalls ist er in jüdischer Umwelt aufgewachsen; auf dem Hintergrunde jüdischer Frömmigkeit ist sein Evangelium gepredigt worden. Niemand versteht das Neue Testament, der nicht das Alte kennt. Vom Evangelium Jesu aus beurteilen wir alles Weltgeschehen. Dann aber ist nicht daran zu rütteln, daß die Geschichte der israelitisch-jüdischen Frömmigkeit sich als „Heilsgeschichte" abhebt von der Religionsgeschichte anderer Völker, die sich in sehr vergänglichen Formen erschöpft hat. Wie man über die Juden von heute denkt, bleibt dabei ganz außer Betracht; Abneigung darf nicht zur Ungerechtigkeit führen. Das jüdische Volk, in dessen Frömmigkeit die Erfüllung der Zeiten herangereift ist, war ein im wahrsten Sinne des Wortes „auserwähltes Volk". Es ist die Ehrfurcht vor der Lenkung der Weltgeschichte durch den erhöhten Herrn, die dies Bekenntnis fordert!"

8. Flugblatt aus den Kapptagen.

Das nachfolgende Flugblatt, das anscheinend zur Agitation während der Kapp-Putschtage angefertigt worden ist, unseres Wissens aber damals nicht verteilt wurde, wird jetzt in größerer Anzahl zur Verteilung gebracht.

An Alle!

Laßt Euch nicht durch jüdische Hetzer und den durch ihr Geld bestochenen Anhang zum Straßenkampf hetzen.

Denkt daran, daß die Juden stets nur hetzen, aber am Kämpfen sich nie beteiligten.

Denkt daran, daß Ihr der ungeheuren Einwanderung von Ostjuden hier in Berlin die Wohnungsnot und den Lebensmittelmangel verdankt.

Vergeßt nie, daß die U. S. P. D. und K. P. D. von Juden geleitet sind. Glaubt Ihr, daß die Juden aus Idealismus für Euch Arbeiter kämpfen?

Wählt Euch deutsche Parteiführer, nicht Juden!

Nicht Bauer und Ebert regierten seit 1½ Jahren, sondern die jüdischen Hintermänner, Sklarz, Parvus und viele mehr, die jüdischen Kriegsgesellschaften und die jüdischen Großbanken.

Warum spricht der Jude nie von Sozialisierung der Banken?

Ist Euch nicht aufgefallen, daß nicht jüdische Geschäfte offen halten, aber Juden-Geschäfte geschlossen halten? Jüdische Inhaber haben nachweislich erklärt, daß sie erst dann ihre Geschäfte öffnen, wenn die jetzigen Herren, nämlich reindeutsche Herren, nicht mehr regieren, sondern man will es dahin treiben, daß wieder Juden regieren. Wie sie das gemacht, haben wir alle seit November 1918 durch Verteuerung der Kleidungsstücke, Stiefel, usw. am eigenen Leibe erlebt.

Darum, deutsche Männer und Frauen, hütet Euch vor den Machenschaften der Juden.

Ihr habt deren Wirken in München genug kennen gelernt. Mit Schlagworten und mit Phrasen wollen die Juden ihre Weltherrschaft aufrichten und Euch, Arbeiter und Massen, als Sturmböcke dafür in den Kampf hetzen.

Verlangt die Beschlagnahme der gewaltigen Nahrungsmittelvorräte in den reichen Judenhäusern.

Verlangt die Bekanntgabe der Zuname jüdischer Vermögen und Einkommen.

Verlangt die Offenbarung der ungeheuerlichen Bewucherung des Volkes durch die jüdischen Kriegsgesellschaften.

Verlangt die Ausweisung der seit Beginn des Krieges eingewanderten Juden.

Verlangt die Schließung der Grenzen gegen neue Einwanderung.

Wer Euch das bewilligt, der meint es ehrlich, der will Euch retten!

Berlin W. 9, Köthenerstr. 45.
Ausschuß für Volksaufklärung
Deutsch-völkischer Schutz- u. Trutzbund, Berlin, Dessauerstr. 6.
Deutscher Volksbund, Berlin SW., Gitschinerstraße 110.

Aus vorstehendem geht deutlich hervor, daß die Kapp-Putschisten mit der antisemitischen Bewegung in Verbindung gestanden haben.

9. Rednerkursus des Central-Vereins in Berlin.

Vom 18.—20. Mai findet in Berlin ein Rednerkursus des Central-Vereins statt. Trotz grosser Beteiligung ist bei sofortiger Anmeldung eine Teilnahme noch möglich.

PLAN:

Dienstag, 18. Mai, 8 Uhr abends, Aula d. Luther-Lyzeums, Tempelhof. Ufer 2
Dr. Kurt Alexander: **„Organisation des Central-Vereins, Ostjudenfrage, Zionismus, Jugendbewegung“.**

Mittwoch, 19. Mai, 7 Uhr abends, Logenhaus, Kleiststrasse 10 (Roter Saal).
Dr. Paul Nathan: **„Der Redner i. mod. Staat“**
Dr. Alfred Wiener: **„Allgemeines über den Antisemitismus“.**

Donnerstag, 20. Mai, 7 Uhr abends, Logenhaus Kleiststrasse 10 (Roter Saal).
Dr. Alfred Wiener: **„Die Stellung der politischen Parteien zum Antisemitismus“.**

10. Wo sitzt das Großkapital?

Nach ständiger antisemitischer Behauptung sind die Juden Besitzer des Großkapitals und Träger der Presse.

Wie aber verträgt es sich damit, daß seitens bekannter Großindustrieller eine Zeitung nach der anderen in Berlin und im Reiche aufgekauft wird? Jetzt wiederum geht die Nachricht durch die Presse, daß Herr Stinnes die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ aufgekauft hat. Zweifellos geschieht das nicht, um für die Juden in dieser Presse eine Lanze zu brechen.

11. Nochmals der Publizist Quindel.

In Nr. 4 der „Mitteilungen“ hatten wir bereits das Strafregister des Herrn Quindel, der in großem Maße einen antisemitischen Hetzvortrag „Bolschewismus und Judentum“ versendet, veröffentlicht.

Der Schriftstellerruhm hat nun Herrn Quindel nicht schlafen lassen, und er versendet jetzt einen zweiten Vortrag gleichen Titels, in dem er im einzelnen unter Nennung einer großer Anzahl von Namen die Beteiligung der Juden am russischen Bolschewismus nachweist. Daß er zum Schluß den Geheimbefehl aus der russischen Zeitung „Prisyw“ veröffentlicht, nimmt nicht weiter wunder.

Was es in Wahrheit mit der Beteiligung der Juden am russischen Bolschewismus auf sich hat, haben wir erst kürzlich dargelegt.

12. Juden, Regierung und Spartakus.

(Nach amtlichem Material.)
Preis M. 1,50 (Zu beziehen durch den Philo-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstr. 13.

Nach dem in Nr. 5 der „Mitteilungen“ kurz besprochenen, im Wahlkampf bereits ausgezeichnet bewährten 1. Heft der Sammlung: „Das Licht“, „Juden in den Kriegsgesellschaften“, liegt nunmehr das 2. Heft vor. Es enthält genaue namentliche und ziffernmäßige Belege über die Beleuchtung der Juden in den Regierungen der Reichs-, Bundesstaaten und der Volksvertretungen, sowie ausgezeichnetes, bisher fast unbekanntes Material über Führung und Zusammensetzung der Bolschewisten in Rußland und Deutschland. Auch die ausführlichen statistischen Angaben über die jüdischen Handwerker in Deutschland machen die Broschüre zu einer der wichtigsten Aufklärungsschriften für die Wahlkämpfe, zumal auch sie insbesondere zur Verbreitung in nichtjüdischen Bevölkerungskreisen bestimmt ist.

13. Bücherschau.

Es sei darauf hingewiesen, daß unter dieser Rubrik nur solche Bücher besprochen werden, die als Material für unsere Mitarbeiter, sei es zu ihrer persönlichen Orientierung, sei es zur Propaganda und Aufklärung in Frage kommen. Die Besprechungen sind daher auch weniger Kritiken als Inhaltsangaben.

a) Anton Fendrich: Der Judenhaß und der Sozialismus.

Ernst Günther Verlag, Freiburg i. B., 1920.
Preis M. 1,55

Jeder Jude muß diese Schrift gelesen haben — vor allem: jedem Christen müßte sie in die Hand gedrückt werden. Denn wenn diese schlichten, klaren, aus tiefster Menschlichkeit entquollenen Zeilen nicht ans Herz greifen, der hat überhaupt keins. Eine Streitschrift wider den Antisemitismus, die ebensowenig durch trockene Widerlegungskunst, wie durch lautes Pathos, sondern durch die Ueberzeugungskraft eines schlichten, rein menschlichen Ethos eine Wirkung ausübt, der sich niemand wird entziehen können, ob groß, ob klein, ob hoch, ob niedrig; kurz, Fendrich spricht zum Gemüt ebenso eindringlich, wie zur gesunden Vernunft. Dabei ist das Büchlein gesättigt von schlagendem Tatsachenmaterial und insofern eine Fundgrube für den Abwehrkampf. Interessant ist namentlich eine Auseinandersetzung des Verfassers mit der scharf polemischen Auseinandersetzung von Karl Marx mit dem Judentum. Die Bekenntnistreue Ludwig Franks bezeichnet Fendrich als viel sympathischer. Marx in seiner Charakterisierung werde durch sein Streben nach überscharf geformten Thesen zu schiefen Urteilen verführt. Fendrich verbreitet sich dann über die Tätigkeit von Juden im öffentlichen und künstlerischen Leben und bringt dabei eine Statistik zum Abdruck, aus deren Ziffern hervorgeht, daß die schlimmsten Kriegswucherer im Großgrundbesitz zu suchen waren. Er zitiert Worte wirklich großer deutscher

Männer, die für die Toleranz als höchste, echt deutsche Tugend eintraten. Den Beschluß bildet die Schilderung einer Versammlung, die sich mit der Frage: „Was ist religiös?" beschäftigte. Ein junger Sozialist habe da ein ergreifendes Bekenntnis abgelegt. Er halte es für ausgeschlossen, daß ein einzelner Mensch sein Lebensziel ohne Religion erreichen könne. — Er scheidet zwischen Pharisäern und Menschen; zu den ersteren zählt er die Christen, die „nun schon seit Monaten den Juden als den Erzschelm und Schuldigen an allem hinstellen". — „Nur diese Menschenchristen und Menschenjuden und Menschenheiden werden die Bosheit und Narrheit der Welt und auch den Pogromantisemitismus überwinden. Die geschmackvolle äußere Aufmachung macht es zur Verwendung als kleines Präsent recht geeignet, und ich möchte die Hoffnung aussprechen, daß recht viele Juden es recht vielen ihrer christlichen Mitbürger überreichen — zu beiderseitigem Nutz und Frommen.

b) Sind die Juden Verbrecher von Religionswegen?

Von Prof. D. Hermann S. Strack.
(Leipzig, J. C. Hinrichs'sche Buchhandlung.)
Preis 3.— Mark.

Zu den bisherigen Angriffspunkten, dem Talmud, dem Schulchan Aruch, dem Blutritus, dem Schächten und dem Kol Nidre gesellen sich in neuester Zeit der „Fleischbesudelungs-Ritus" und die Behauptung des Vorhandenseins „jüdischer Geheimschriften."

In eingehender Weise erörtert Strack, „damit das Feuer nicht weiter um sich greife", die beiden letzten Anklagen.

Die Anklage, daß jüdische Metzger das für christliche Kunden bestimmte Fleisch besudeln, weil dies ihnen „der Talmud vorschreibe", wurde am 16. Dezember 1899 in der in Würzburg erscheinenden „Neuen Bayerischen Landeszeitung" und im Mai 1894 in einem Prozesse gegen den Metzgermeister Isaak Bonn in Cleve erhoben.

In einem Gutachten widerlegt er die durch keinen Beweis erhärtete Anschuldigung. Unter Anführung zahlreicher Stellen aus dem Talmud und dem Religionskodex des Maimonides bespricht er die aus Anlaß der „Fleischbesudelung" geführten Prozesse und erklärt auf Grund seiner gründlichen Kenntnis der religionsgesetzlichen Schriften der Juden:

„Meines Wissens gibt es weder im Talmud noch in einem der anderen Bücher, die das religionsgesetzliche Leben der Juden zu regeln bestimmt sind, irgend einen Satz, der zur Begründung jener Behauptung taugt. Wohl gibt es nicht wenig Sätze und Vorschriften, welche einem derartigen Verhalten direkt widersprechen."

Im 2. Abschnitte des Büchleins über „Jüdische Geheimschriften und jüdische Sekten" geht Strack von einer in Berliner Zeitungen angekündigten beabsichtigten Interpellation des Herrn v. Hertzberg-Lottin im Preußischen Herrenhause aus über die „in den letzten Jahren vorgekommenen unaufgeklärten Morde an christlichen Jünglingen und Jungfrauen". In der Begründung ist von jüdischen Geheimschriften, von Verwendung von Christenblut zu rituellen Zwecken und jüdischen Sekten die Rede.

Dem Ersuchen der Redaktion der „Berliner Neuesten Nachrichten" um einen „orientierenden Artikel" glaubt er umsomehr Folge leisten zu müssen.

Im Religionskodex des Maimonides bespricht er die aus Anlaß der „Fleischbesudelung" geführten Prozesse und erklärt auf Grund seiner gründlichen Kenntnis der religionsgesetzlichen Schriften der Juden: „Meines Wissens gibt es weder im Talmud noch in einem der anderen Bücher, die das religionsgesetzliche Leben der Juden zn regeln bestimmt sind, irgend einen Satz, der zur Begründung jener Behauptung taugt. Wohl gibt es nicht wenig Sätze und Vorschriften, welche einem derartigen Verhalten direkt widersprechen." —

Den in der Interpellation enthaltenen Verdächtigungen gegenüber erklärt er nach eingehender Begründung:

„Es gibt keine jüdischen Geheimsekten, keine jüdischen Geheimschriften. Es gibt auch keine mündlichen Geheimtraditionen. Was das Judentum an irgendwie alten Traditionen hat, ist längst in Büchern aufgezeichnet und jedem, er sei Jude oder Christ, zugänglich."

Im 3. Abschnitt „Die Sittenlehre des Judentums der Gegenwart" führt der Verfasser aus, daß das Judentum keine einheitliche Organisation hat, durch die seiner Gesamtheit Dogmen oder Satzungen auferlegt werden können. Für die Wahrnehmung „gemeinsamer Interessen" hat man Vereinigungen ins Leben gerufen, die wie die „Alliance israelite universelle", der „Deutsch-israelitische Gemeindebund" gemeinnützigen, wohltätigen und wissenschaftlichen Zwecken dient.

Infolge des von „Dr. Justus" im Jahre 1883 herausgegebenen „Judenspiegels" und seiner Verteidigung durch Dr. Ecker war die jüdische Sittenlehre Gegenstand heftiger Angriffe geworden.

Diese führten zur Abfassung der 15 „Grundsätze der jüdischen Sittenlehre" seitens der Leiter der jüdischen Gemeinde in Berlin und der im Januar 1893 abgegebenen Erklärung der Rabbiner Deutschlands:

Der Inhalt der „Grundsätze" und der „Erklärung" ist für das gegenwärtige Judentum Deutschlands autorativ.

Die bleibende Bedeutung der besprochenen Schrift besteht darin, daß sie eine wirksame Abwehrwaffe im Kampfe der immer wieder auftretenden Angriffe gegen die jüdische Religion und ihre Schriften bilden und ist besonders wertvoll durch den Umstand, daß der Verfasser der einzige christliche Universitätslehrer in Preußen ist, der von christlichen Vorfahren abstammend, eingehend mit der jüdischen Religion und Literatur sich beschäftigt hat.

Beide Schriften sind zu beziehen durch den Philo-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstraße 13.

Verantwortlich: Syndikus Dr. Holländer, Berlin SW 68, Lindenstr. 13 I.
Druck: Ernst Litfaß' Erben, Berlin C 19, Adlerstr. 6